## Pressemitteilung

SVP Uri ergreift das Referendum gegen die Verordnung über die Strassenverkehrssteuern
Die SVP Uri gibt bekannt, dass sie das Referendum ergreifen wird, wenn der Antrag 3 «Verordnung über die Strassenverkehrssteuern» in der nächsten Landratssession am 27. August 2025 verabschiedet werden sollte. Dieser Antrag sieht weitreichende Änderungen in der kantonalen Gesetzgebung vor, und dies stösst bei der SVP Uri auf erheblichen Widerstand. Der Antrag 3 stellt eine Bedrohung für die wirtschaftliche und soziale Stabilität unseres Kantons dar. Besonders betroffen wären Bewohnerinnen und Bewohner der Seitentäler im Kanton Uri die auf das Auto angewiesen sind, oder für Pendlerinnen und Pendler, die zu ihrem Arbeitsort einen langen Arbeitsweg ausserhalb des Kantons zu bewältigen haben. Eine Erhöhung der Strassenverkehrssteuer würde diese Personen direkt und unverhältnismässig stark treffen. Die SVP ist der festen Überzeugung, dass die Bürgerinnen und Bürger von Uri das letzte Wort haben sollten, wenn es um solch tiefgreifende Veränderungen geht. Die Bevölkerung muss in den Entscheidungsprozess einbezogen werden und die SVP fordert daher mehr Transparenz sowie eine stärkere Einbindung der Urnerinnen und Urner. Die SVP lehnt grundsätzliche höhere Steuern und Abgaben ab, da sie darin eine Belastung für die Bürgerinnen und Bürger sowie für die Wirtschaft sieht.

Für weitere Informationen und Medienanfragen:

Parteipräsidentin SVP Uri
Claudia Brunner
079/ 370 99 75
praesident@svpuri.ch